



Wolfgang Streeck

Suhrkamp

Politische
Ökonomie im ausgehenden
Neoliberalismus

Zwischen
Globalismus
und
Demokratie



Wolfgang Streeck

Suhrkamp

Politische
Ökonomie im ausgehenden
Neoliberalismus

Zwischen
Globalismus
und
Demokratie

Wolfgang Streeck

Zwischen Globalismus und
Demokratie

Politische Ökonomie im ausgehenden
Neoliberalismus

Suhrkamp

Inhalt

Cover

Titel

Inhalt

Vorwort

Einleitung Steckengeblieben: Zwischen Globalismus und Demokratie

Politische Form, ökonomisches Interesse: Ein Wechselverhältnis

Wie weiter? Ein Tauziehen

Globalismus von links

Kultur gegen Unkultur

Demokratie als entproletarisiertes Wertesystem

Wirtschaftskrise, Staatensysteme

Größenwahn?

Zerlegte Komplexität

I. Kapitalistische Wirtschaft, demokratische Politik: Die doppelte

Krise des Neoliberalismus

Stagnation

Keynes aus der Asche?

Schulden ohne Reue?

Ratlos

Aussichtslos: Kapitalismus ohne Jenseits

Staaten zwischen Demokratie und Globalismus

Globalisierung gegen Demokratie

Demokratie gegen Globalisierung

Europa als Kampfzone und Sehnsuchtsort

Deutschland: »Europa« als Zivilreligion

Eurokitsch

Steckengeblieben

- II. Staaten und Staatensysteme: Integration und Differenzierung
 - Gibbon: Einheit oder Vielfalt?
 - Das Staatensystem: Eine Vermessung
 - Metamorphosen des Nationalstaats
 - Staatlichkeit und der konstitutive Partikularismus menschlicher Vergesellschaftung
 - Exkurs I: Schottland und Katalonien
 - Exkurs II: Deutschland zum Vergleich
 - Polanyi: Das globale Staatensystem als Bedingung der Möglichkeit nationaler Demokratie
 - Das neoliberale Zwischenspiel
 - »Taking back control«
 - Konföderation oder Imperium?
 - Die Dimensionalität von Staaten und Staatensystemen und ihre politische Ökonomie
- III. Durchbruch nach oben? Großstaaterei und ihre Grenzen
 - Widersprüche und Grenzen neoliberaler Globalisierungspolitik:
 - Acht Thesen
 - Globalisierung, Hyperglobalisierung
 - Globale Marktwirtschaft, nationale Demokratie
 - Einheit von oben: *Global governance*
 - Global governance* als technokratische Utopie
 - Noch ein Plan A
 - Global governance* als liberales Imperium
 - Corona: Die (lange versteckten) Kosten der Globalisierung
 - Corona und die Finanzkrise des Staates: Eine Vermutung
 - Nach oben nicht weiter
- IV. Europa: Gescheiterter Superstaat, scheiterndes Imperium
 - Die Europäische Union als zum Scheitern verurteiltes Imperium
 - Europa als Armeestaat?
 - Europäische Solidarität I: Konsolidierung
 - Europäische Solidarität II: Verschuldung

Get real!

- v. Ausweg nach unten: Kleinstaaterei und ihre Möglichkeiten
 - Simon: Zerlegung von Komplexität
 - Keynes: Nationale Eigenständigkeit
 - Entglobalisierung und alternative Entwicklung
 - Globaler Polyzentrismus
 - Entflechtung: Corona und die Lieferketten
 - Der Keynes-Polanyi-Staat: National, souverän, demokratisch
 - Besser kleiner
 - »Wirtschaftspatriotismus«: Einmal Globalismus und zurück
 - Große Krise, kleine Staaten
 - Die Geldfrage
 - Demokratische Kleinstaaterei und globale Gemeinschaftsgüter
 - Kooperativ statt imperial: Aussicht auf eine neue internationale Ordnung

vi. Quintessenz

Literaturverzeichnis

Fußnoten

Informationen zum Buch

Impressum

Hinweise zum eBook

Vorwort

Dieses Buch steht, wie vieles, was heute geschrieben wird, in der Tradition Karl Polanyis. Gegenstand jeder politischen Ökonomie in seiner Nachfolge, theoretisch wie praktisch, ist die gesellschaftliche Einbettung der unter dem Liberalismus losgelassenen kapitalistischen Ökonomie – die Sozialisierung der Ökonomie zur Verhinderung der Verwirtschaftung der Gesellschaft. Einbettung heißt Rückgewinnung gesellschaftlicher Kontrolle über den Selbstlauf selbstregulierender Märkte. Aber keine Einbettung ohne Bett. So kommt die Staatsfrage ins Spiel und die Politik kehrt in die politische Ökonomie zurück. Kapitalismustheorie verlangt nach Staatstheorie. Aber wie muss ein Staat aussehen, mit dem die Rückbettung einer kapitalistischen Ökonomie in den Wirkungskreis demokratischer, den oligarchischen Elitismus des Marktes egalitär korrigierender Politik möglich wäre?

Eine Gesellschaft, die eine kapitalistische Wirtschaft einbetten will, benötigt einen regierungsfähigen Staat. Und nicht nur das. Wenn Einbettung Gestaltbarkeit kraft egalitärer Demokratie bedeuten soll – und nichts anderes bedeutet sie jedenfalls bei Polanyi –, dann muss der Staat, in den eingebettet wird, demokratischer Beeinflussung und Willensbildung zugänglich sein. So werden Struktur, Verfassung, Architektur von Staatlichkeit zum Gegenstand einer politischen Theorie des Kapitalismus, und politische Ökonomie muss sich für eine Institutionentheorie öffnen, in der es nicht um »den Staat« im Allgemeinen geht, sondern um historisch real existierende Staaten in historisch real existierenden Staatensystemen, die die Handlungsfähigkeit ihrer Staaten befördern, begrenzen oder zunichtemachen. Deshalb beschäftige ich mich in diesem Buch mit der Struktur von Staatlichkeit und dem Kampf um diese, in Weiterverfolgung und Ausweitung früherer

Untersuchungen über die Krisen des Kapitalismus und das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie im 21. Jahrhundert (Streeck 2015b; 2016a).

Nicht, dass das Thema bei Polanyi nicht präsent wäre. Polanyi war Ökonom, Historiker, Anthropologe, aber er war gewiss kein marxistischer Systemtheoretiker. Der turbulenten Politik seiner Zeit, der nationalen wie der internationalen, hat er niemals den Versuch angetan, sie in ein abstraktes Schema irgendeines Histo- oder gar Diamats einzuzwängen. Ähnlich wie der späte Friedrich Engels war er sich der wie auch immer »relativen« Autonomie staatlichen Handelns und vor allem der konstitutiven Offenheit historischer Ausgänge elementar bewusst. Es war denn auch ein Aufsatz Polanyis aus dem Jahr 1945, der letztlich den Anstoß zu diesem Buch gegeben hat – ein Aufsatz, in dem die Möglichkeit einer Bändigung, einer Domestizierung und, vielleicht, Überwindung des Kapitalismus vor dem Hintergrund der politischen Weltlage am Ende des Zweiten Weltkriegs diskutiert wird und in dem internationale, zwischenstaatliche Beziehungen als Bedingungskonstellationen für eine den Kapitalismus vergesellschaftende demokratische Politik behandelt werden (Polanyi 1945). Keine antikapitalistische Innenpolitik ohne zu ihr passende, sie ermöglichende Außen- und Weltpolitik, ohne ein ihr günstiges Staatensystem; kein Verständnis der Innenpolitik eines Staates ohne Berücksichtigung seiner Einbettung in ein internationales Staatensystem; kein Verständnis der Außenpolitik innerhalb eines Staatensystems ohne Berücksichtigung der Innenpolitik seiner Mitgliedstaaten. Dieser Zusammenhang ist die Prämisse auch dieses Buchs.

Mein Ansatz, die Problematik einer politisch-ökonomisch einbettungsfähigen Staatlichkeit in einer zeithistorischen, durchaus auch zeitdiagnostischen Perspektive zu behandeln, scheint mir im Übrigen ganz im Sinne Polanyis zu sein. Nach dem in den 1980er Jahren einsetzenden Scheitern der sozialdemokratischen Transformation der »großen« Transformation stellt sich heute das Problem der Wiedergewinnung gesellschaftlicher Kontrolle über eine im Zuge des »frivolen Experiments« des Neoliberalismus ein zweites Mal freigelassene kapitalistische

Wirtschaft erneut, und zwar in einer Gegenwart, die ich als von einer doppelten Krise geprägt beschreibe: einer *Wirtschaftskrise* und einer *Staaten- oder Staatlichkeitskrise*, die sich auf mannigfache Weise gegenseitig bedingen und sich in einer komplexen *Stagnationskrise* vereinigen. Während die kapitalistische Ökonomie nun schon jahrzehntelang nur noch unter geldschöpferischer Notbeatmung keuchend weiterläuft, wird das neoliberale Projekt einer Ablösung der Nationalstaaten durch *global governance* oder gar durch Superstaatlichkeit von einer plebejisch-populistischen Gegenbewegung blockiert, national wie international. Damit steckt das Staatensystem, steckt Staatlichkeit, so die These dieses Buches, zwischen Globalismus und Demokratie, zwischen »oben« und »unten« fest. Bestrebungen zu weiterer neoliberaler Zentralisierung stoßen auf Forderungen nach lokaler Selbstbestimmung, mal von links, mal von rechts, schwer auszusortieren, immer aber »von unten«, wobei der populäre Widerstand gegen den elitären Globalismus sich um eine Verteidigung des Nationalstaats und der in ihm potentiell gegebenen populär-demokratischen Einflusschancen sowie um Zweifel an deren Verlagerbarkeit »nach oben« herum organisiert.

Meine in diesem Buch ausgearbeitete Intuition ist, dass eine Überführung von Staatlichkeit in *global governance*, eine »Überwindung« des Nationalstaats zugunsten internationaler Organisationen oder globalisierter oder regionalisierter Superstaatlichkeit auf die Errichtung einer demokratischem Einfluss entzogenen Techno- oder Merkatokratie – Experten- oder Marktherrschaft –, oder beider zugleich, hinauslaufen und eine Rückgewinnung demokratischen Einflusses auf die kapitalistische Ökonomie auf lange Zeit unmöglich machen würde. Deshalb, so mein Argument, darf dem neoliberalen Sirenengesang von einer alle Menschen zu Brüdern machenden Verlagerung von Politik und Demokratie auf ein zukünftiges, erst noch aufzubauendes weltweites Regierungssystem kein Gehör geschenkt werden. Dies nicht nur, weil das Ziel sozialontologisch unrealisierbar ist, sondern auch, weil schon kleine Schritte *in Richtung* auf eine weitere Entnationalisierung von Politik und Demokratie, legitimiert durch die Perspektive einer nationenbefreiten Welt- oder

Kontinentalregierung, nichts anderes sein können als Schritte *in Richtung* auf eine Entdemokratisierung von Politik und politischer Ökonomie.

Der Kampf gegen den neoliberalen Zentralismus findet unter erschwerten Bedingungen statt. Wie schon in der Zwischenkriegszeit berühren sich »rechte« autoritäre mit »linken« egalitären Gegenbewegungen, wenn es um die Verteidigung des Nationalstaats als Ort des Schutzes gegen die gesellschaftszerlegende Volatilität von Märkten und relativen Preisen geht; dieses Problem hat schon Polanyi gekannt. In der Gegenwart der zweiten, erweiterten und überarbeiteten Auflage des Kampfes gegen den Marktliberalismus kommt erschwerend hinzu, dass die neoliberalen Globalisierer Verbündete in der grün-linken postindustriellen Mitte der Gesellschaft gewonnen haben, die sich vor dem selbstregulierenden Weltmarkt weniger fürchten als vor dem regulierenden Nationalstaat, der ihnen als nach außen tendenziell aggressiv und nach innen tendenziell diktatorisch erscheint. Die dem zugrunde liegende, sich als kosmopolitisch missverstehende Weltsicht, die sie mit den Globalisten teilen, schwächt die Verteidiger egalitär-redistributiver Politik, deren klassische Artikulationskanäle überdies gegenwärtig durch Identitätspolitik und Kulturrevolutionen aller Art verstopft sind.

Wer eine wissenschaftliche Abhandlung schreibt, tut gut daran, sich früh zu überlegen, von wem er oder sie erwartet, dass sie nach Lektüre ihre An- und Weltsichten revidieren werden. In meinem Fall sind das diejenigen, die glauben, dass eine globale, sich weltweit erstreckende kapitalistische Wirtschaft auch global regiert werden kann, weil sie global regiert werden muss. Dagegen möchte ich zeigen, dass die Welt, wenn sie überhaupt regiert werden soll, nur unterteilt regiert werden kann. Je globaler ein Zusammenhang ist, desto komplexer, Staatlichkeit überfordernder, am Ende unregierbar, wenn man so will: staatsfreier, demokratischen Prozessen entzogener und deshalb undemokratischer ist er. Kosmopolit sein im Sinne von *global governance* kann deshalb nur, wer darauf vertraut, dass ein sich selbst überlassener Freilauf einer globalisierten Wirtschaft in einem alle gleichermaßen glücklich

machenden Gleichgewicht endet – oder, alternativ, dass eine gerechte Verteilung von Lebenschancen irgendwann durch eine ebenfalls sich selbst überlassene, gigantische globale Expertokratie, vielleicht unterstützt durch eine globale Datenverarbeitungsmaschine, bewerkstelligt werden kann.

Kernthemen dieses Buches sind dementsprechend die Grenzen integrierter und die Chancen differenzierter Staats- und Regierungssysteme, das heißt hier die *überschätzten Fähigkeiten* großteilig-einheitlich zentralisierter und die *unterschätzten Möglichkeiten* kleinteilig-verteilter dezentraler Ordnungen, politisch wie administrativ, in Bezug auf *politics* wie *policy* sowie unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie. Hier greife ich ein Thema auf, das als die *Skalenpolitik* von Staatensystemen bezeichnet worden ist und in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit gefunden hat: die Größe der innerhalb eines Staatensystems bestehenden Staaten, die durch diese bedingten Möglichkeiten und Unmöglichkeiten politischen Handelns sowie die Interessen und Entscheidungen, die die »Schneidung« von Staaten und ihren Grenzen im Verhältnis zu den ihnen unterliegenden Gesellschaften betreffen. Ein in diesem Zusammenhang immer wieder auftauchender Schlüsselbegriff ist derjenige der Komplexität, angewandt in Zusammenhang mit der neoliberalen Revolution der 1980er und 1990er Jahre auf die Welt der »globalisierten« Wirtschaft. Auch hier argumentiere ich politisch-ökonomisch, nicht systemtheoretisch, indem ich bestreite, dass »die Welt« im 20. Jahrhundert von sich aus komplex geworden ist und sich infolgedessen anschließend als unregierbar herausgestellt hat. In Wahrheit ist ihre unregierbare Komplexität in ihrer heutigen Gestalt ein Ergebnis strategischer Entgrenzung mit dem politischen Ziel, dem egalitären und egalisierenden demokratischen Regieren und Regiertwerden als solchem ein Ende zu setzen – das Ergebnis, wenn man so will, eines liberal-anarchistischen strukturellen Staats- und Marktstreiks gegen den staatlich administrierten Kapitalismus der Nachkriegszeit (Brown 2003; 2015), mit hohen und wachsenden Kosten für die von diesem befreiten Nationen.^[1]

Kurz zusammengefasst ist meine These, dass Staaten, wenn sie richtig auf- und eingestellt sind, nach innen und im Zusammenhang der sie umgebenden Staatensysteme als gesellschaftliche Halteseile für eine ins Weltoffene strebende kapitalistische Wirtschaft brauchbar sind. Damit wende ich mich gegen die kosmopolitische Illusion, dass »Globalisierung«, insbesondere in der von ihr nach 1989 angenommenen Form, jemals etwas anderes bedeuten könnte als eine Herrschaft des Marktes über die in diesen dann eingelagerte und von ihm unter Wettbewerbsdruck gesetzte Vielfalt menschlicher Vergesellschaftung. Ich werde argumentieren, dass das, was zur Regulierung derselben als *global governance* angeboten wird, nicht eine neue Form von Staatlichkeit ist, sondern eine Alternative zu ihr, und zwar eine für die Stabilität und Bewohnbarkeit der Gesellschaft unzulängliche. Tatsächlich begann im versuchten allmählichen Übergang zu *global governance* ein eigenartiges Absterben des Staates – eigenartig unter anderem deshalb, weil es auf nur einen, sehr speziellen Ausschnitt seiner im 20. Jahrhundert erworbenen Funktionen beschränkt blieb: denjenigen, der dazu dient, die Resultate kapitalistischer Märkte egalitär zu korrigieren. Gegen die Vorstellung, dass die »komplexe« Welt von heute immer zentralisiertere Regime »benötigt«, die sich partikular-spezifischer diskretionärer Eingriffe enthalten müssen, weil sie zu ihnen weder politisch noch technisch in der Lage sind, wende ich ein, dass Regime umso anfälliger sind, je zentralisierter sie sind – und dass es deshalb im Gegenteil darum gehen muss, prospektive Superstaaten und überforderte Imperien durch einen Wiederaufbau dezentralisierter Souveränität abzulösen. Dem unterliegt als Prämisse, dass Staaten und politische Herrschaft allgemein insofern ein Janusgesicht aufweisen, als sie zugleich partikularen Machtinteressen und allgemeinen Ordnungsinteressen dienen und, von blutigen Ausnahmen abgesehen, Letztere bedienen müssen, um Erstere bedienen zu können – ein Umstand, der in manchen »linken« Theorien politischer Herrschaft nicht vorkommt. Politische Gerechtigkeit und technische Funktionsfähigkeit sind offensichtlich nicht dasselbe, auch wenn zwischen ihnen vielfältige Interdependenzen bestehen mögen, denen hier nicht

nachgegangen werden kann – jedenfalls nicht über die von mir geteilte und im weiteren Verlauf ausgeführte Annahme hinaus, dass jenseits eines bestimmten Zentralisierungsgrads politische Regime nicht nur sozial exklusiv, sondern auch funktional defizitär werden, also ihre Ziele nur noch diktatorisch, und das heißt: mit hoher Wahrscheinlichkeit des Scheiterns verfolgen können.

Als dieses Buch halb fertig war, kam das Virus. Es hieß damals, dass es alles in Frage stellen werde, und für eine kurze Zeit hatte ich befürchtet, das Projekt aufgeben oder mit ihm von vorne anfangen zu müssen. Dies erwies sich dann doch als unbegründet. Das Virus hat viele der Probleme lediglich radikalisiert, die sich schon vor seiner Ankunft gestellt haben: von der Krisenanfälligkeit des heutigen Kapitalismus bis zur unterschiedlichen Handlungsfähigkeit unterschiedlich zentralisierter Staaten und Staatenverbände und allgemein zur Zukunftsfähigkeit des globalisierten Neoliberalismus. Zunächst hatte ich daran gedacht, genau das in einem eigenen Corona-Kapitel oder einem Corona-Appendix auseinanderzulegen; aber so wären im Hauptteil des Buches zu viele Stellen stehengeblieben, die sich nach Corona (und als Nach-Corona hat man sich das Frühjahr 2021 im Sommer 2020 ja noch vorgestellt) etwas anachronistisch gelesen hätten. So war dann an manchen Stellen im teilweise schon annähernd fertigen Text doch noch auf die Seuche einzugehen, meist in dem Sinn, dass Corona die jeweils besprochene Entwicklung nicht beendet, sondern sie im Gegenteil verstärkt und beschleunigt habe, wie etwa die Verschuldung der Staaten des demokratischen Kapitalismus, die seit den 1980er Jahren ständig gestiegen ist, nach 2008 besonders, und nach 2020 ganz besonders. Wenn man vorsichtig genug mit den Begriffen umgeht, dann lässt sich die Corona-Krise in der Tat dem globalisierten Kapitalismus ebenso als endogen zurechnen wie seinerzeit die Finanzkrise: als das (durchaus absehbare) Eintreten eines aus Rentabilitätsgründen unversichert gebliebenen Großrisikos, das sich aus der globalen und deshalb unregierbaren Vernetzung des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses ergibt, wobei die Beseitigung der Schäden den

gleichgetakteten Staaten des hyperglobalisierten Staatensystems zu bleibender Last fällt.

Die Begrifflichkeit der Analysen in diesem Buch – Nationalstaat, Staatensysteme, Superstaat, Imperium – passt *mutatis mutandis* auch auf Europa, sowohl auf das in der EU mehr oder weniger organisierte als auch auf den nicht unbeträchtlichen Rest: eine Teilwelt auf dem Weg zu projektierter Teilweltglobalisierung. Mit meiner Kritik an der Richtung, in welche die europäische »Einigung« sich in den letzten drei Jahrzehnten mit Binnenmarkt und Währungsunion bewegt hat, mit ihrem Steckenbleiben zwischen einer illusionären Superstaats- und Zentralisierungsutopie und strategisch abgewerteter Nationalstaatlichkeit, halte ich dabei nicht hinter dem Berg. Im Anschluss daran entwickle ich, für meine Verhältnisse ausnahmsweise, eine Idee für einen alternativen Lauf der Dinge und ein besseres Ende dessen, was als »Integration« bezeichnet wird: das, was ich das Keynes-Polanyi-Modell eines *einigen, nicht aber vereinten* Europas nenne, eines Europas friedfertiger, nichtimperialer, demokratischer und souveräner Klein- und Mittelstaaten.

Hier möchte ich allerdings nicht missverstanden werden. Anders als die unendlich vielen unendlich langen Verbesserungsrezepte, die eine Brüsselkonforme, programmatisch unskeptische Europaforschung jahrzehntelang produziert hat, ohne dass ein einziges davon auch nur von ferne irgendeiner »Umsetzung« nahegekommen wäre, ist das, was ich nicht vorschlagen, sondern lediglich zur Sprache bringen möchte, kein »Plan« im Sinne einer Konstruktionszeichnung; das würde ein Maß an Naivität voraussetzen oder vortäuschen, welches vorzutäuschen ich keinen Grund habe. Stattdessen geht es mir darum zu zeigen, dass sich in der Tradition der politischen Ökonomie und Staatstheorie des 20. Jahrhunderts gute Gründe finden lassen, warum man sich das staatlich geordnete Europa der Zukunft gerade heute nicht mehr nur als Alternative zwischen Techno- und Merkatokratie, also zwischen Skylla und Charybdis, vorstellen muss und warum das in Brüssel, Berlin und Paris mit Feuereifer über die Köpfe der europäischen Gesellschaften hinweg betriebene Integrations- und Zentralisierungsprojekt ein anachronistisches Überbleibsel aus den letzten

Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ist, das sich überlebt hat und immer mehr Schaden anrichten wird, wenn man sich seiner nicht bald entledigt.

»Praktische« Folgen, wie gesagt, erwarte ich nicht. Die für den Karlspreis der Stadt Aachen Schlange stehenden »Europapolitiker« sind längst auf beiden Augen für alle Alternativen erblindet. Wenn ich mich bemühe darzulegen, dass man sich den Lauf der Dinge plausibel auch anders vorstellen könnte, heißt das nicht, dass ich glaube, dass es der EU und Europa durch eine neu erleuchtete Entschlossenheit ihrer Eliten erspart bleiben könnte, auf lange Zeit in einem Stellungskrieg, in einem so kräftezehrenden wie immobilisierenden Tauziehen zwischen seinen Nationen und innerhalb derselben zwischen ihren jeweiligen »Nationalisten« und »Europäern«, also den kontinentalen Kleinglobalisten, festzustecken. Politischer Wandel, auch zum Besseren, kommt ohnehin nicht durch einsichtige Verwirklichung überlegener Konstruktionszeichnungen zustande, sondern nur dann, wenn es mächtigen Beteiligten dämmert, dass die Dinge nicht mehr so weitergehen können wie bisher, weil sonst die Verhältnisse auch für sie immer unerträglicher werden; wenn der Preis für zuzukaufende Zeit inflationär steigt; und wenn die Halbwertszeit improvisierter Zwischenlösungen immer kürzer wird, bis die sich ablösenden Krisen so eng zusammenrücken, dass zwischen ihnen keine Atempause mehr bleibt. Worauf es in solchen Momenten ankommt, sind die Intuitionen der dann noch oder erstmals handlungsmächtigen Akteure, denen ihre lange kultivierten Selbstverständlichkeiten im Angesicht der Wirklichkeit abhandengekommen sind. Was man als Politikwissenschaftler versuchen kann, wenn man Hilfe leisten will, ist, diese Intuitionen vorab zu beeinflussen, indem man dafür sorgt, dass das, von dem zu wünschen wäre, dass es beim Auslaufen einer alten Gesellschaft in machtbewehrte Handlungsorientierungen einfließt, weniger exotisch erscheint, als es erscheinen würde, wenn es vorher noch nie gesagt worden wäre. Jedenfalls ist man als Autor eines Buches wie des vorliegenden immerhin frei sich einzubilden, dass man so vielleicht eine Schneise in das politische Gemeinverständnis schlagen kann, auf der sich in der Zeit bis zum

Ausbruch der nächsten Krise Ideen vorarbeiten könnten, die, wenn sie es tatsächlich mit Glück bis nah an die Praxis schafften, Anderes und Besseres bewirken würden als eine bloße Weiterverfolgung historisch überholter, ortlos gewordener Politikpfade.

Das hier bevorwortete Buch ist am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln entstanden, wo ich als emeritierter Direktor das Privileg habe und nutze, meine wissenschaftliche Arbeit nach meinem Geschmack fortzusetzen, solange ich mir das zutraue. Indem ich den amtierenden Direktoren Lucio Baccaro und Jens Beckert dafür danke, möchte ich sie und das Institut zugleich von jeglichem Verdacht freisprechen, dass die von mir vorgetragenen, gelegentlich durchaus dezidierten Schlussfolgerungen irgendwie eine Linie »des Instituts« wiedergäben; eine solche Linie gibt es bei uns nicht, hat es nie gegeben und wird es nicht geben. Unabhängig davon trifft zu, dass ich ohne die laufende Beobachtung der am Institut betriebenen Forschung, insbesondere über »Europa«, und die kollegiale Diskussion derselben – stellvertretend für viele andere möchte ich vor allem Renate Mayntz, Fritz Scharpf und Martin Höpner erwähnen – dieses Buch so nicht hätte schreiben können. Dasselbe gilt für die vom Institut bereitgestellte exzellente technische Unterstützung, vor allem durch seine schlechthin unübertreffliche Bibliothek und ihre Mitarbeiterinnen. Ganz besonders zu danken habe ich schließlich einer Sukzession »wissenschaftlicher Hilfskräfte« – eine Bezeichnung, die dem Können und dem Engagement derer, die damit gemeint sind, Hohn spricht –, von deren Zuarbeit ich bis heute zehre; hinsichtlich des vorliegenden Buches sind das vor allem Salvatore Mancuso und Rex Panneman. Und schließlich danke ich meiner Lektorin Eva Gilmer, die das Lektorieren als Kampfsport betreibt und mir damit manche Mucken ausgetrieben hat – alles nur zu meinem Besten. Für das, was in diesem Buch trotzdem schiefgegangen sein könnte, ist, da hilft alles nicht, niemand anders verantwortlich als ich.

Einleitung

Steckengeblieben: Zwischen Globalismus und Demokratie

Die neoliberale Hegemonie stößt auf Widerstand, die sogenannte Globalisierung ist ins Stocken geraten und die seit langem schwelende Krise des Staatensystems und seiner westlich geprägten internationalen Ordnung verlangt nach Entscheidungen. Der Marsch in eine staatlich entpolitisierte, politisch gegen demokratische Politik immunisierte globale politische Ökonomie steckt fest, und die Suche nach einer Alternative zu dem, für das es angeblich keine Alternative gibt – nach einer Neubegründung von Politik unterhalb eines Globalismus, für den Politik nur als staatlich betriebene Freisetzung von Marktkräften möglich sein soll –, hat begonnen. Ein wachsender Widerwille gegen die Überführung der nationalen Volkswirtschaften in eine vereinigte Weltwirtschaft und von nationaler Staatlichkeit in *global governance* trifft auf eine gegenreformerische Aufrüstung der Establishments der neoliberalen Ära. Die Folge ist ein Zustand, in dem es weder vorwärts zu gehen scheint noch zurück, weder nach oben in einen vollendeten Globalismus noch nach unten in einen erneuerten Nationalismus^[2] – ein Patt zwischen ratlosen Regierenden und lustlosen Regierten. Von ferne, aber immerhin, erinnert dies an Lenins Definition einer »revolutionären Situation« als einer, in der »die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen«.^[3]

Die gegenwärtige politische Blockade hat eine lange Vorlaufzeit. Charakteristisch für diese waren unter anderem eine kontinuierliche

Schrumpfung politischer Parteien mit Zukunftsprogrammen und Gestaltungswillen, klassisch sozialdemokratischer und kommunistischer wie auch im herkömmlichen Sinn konservativer Provenienz, ein dramatischer Rückgang der Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften, eine weithin sinkende Wahlbeteiligung und ein wachsender Anteil der Abstimmenden, die ihre Entscheidung buchstäblich erst in der Wahlkabine treffen. Zugleich ging das Vertrauen in die etablierten, als staatsnah wahrgenommenen Medien ebenso zurück wie deren Reichweite und wuchsen Zweifel an Repräsentativität und Effektivität demokratischer Institutionen. So kam es zur Bildung neuartiger Parteien und sozialer Bewegungen, die die herrschende politische Ordnung, zu der sie demonstrativ nicht gehören wollen, von außen »im Namen des Volkes« in Frage stellen; in nicht wenigen Ländern hat dies dazu geführt, dass die Wahlbeteiligung wieder zugenommen hat.

[4] Ein gemeinsames Thema, von Trump bis Sanders, von den Gelbwesten bis *La France insoumise*, von SYRIZA über Lega und Cinque Stelle bis hin zur AfD, ist ein empfundener Kontrollverlust nationalstaatlicher Politik, von dieser gewollt oder erlitten: in Bezug auf die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung, den regionalen Zusammenhalt, die Entwicklung von Einkommen, Beschäftigungschancen und sozialer Sicherheit, die staatlichen Grenzen, den Erhalt hergebrachter Lebensweisen, den Schutz vor Gewalt von innen wie von außen, die Zukunft im Allgemeinen. All dies addiert sich zu einer politischen Legitimationskrise,^[5] in der ein zähes Ringen um nicht weniger begonnen hat als um die konstitutiven Grundlagen der politischen Ordnung: die Natur und den Zuschnitt politischer Gemeinschaften und ihrer gegenseitigen Beziehungen, das Verhältnis zwischen Politik und Märkten, zwischen kollektiven und individuellen Interessen und Werten sowie die legitimen Ansprüche von Gesellschaften an ihre Mitglieder und umgekehrt.

Die ratlose Stagnation normaler Politik in den demokratischen Nationalstaaten des heutigen Kapitalismus ist, so meine These, ein Resultat des Scheiterns des globalistisch-neoliberalen Gesellschaftsentwurfs, in den westlichen Gesellschaften dramatisch

deutlich geworden in der Krise von 2008 und den auf sie reagierenden populären Forderungen nach Wiederherstellung politischer Kontrolle über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch »das Volk«. Solange unklar ist, wie ein Nachfolgeregime für den steckengebliebenen neoliberalen Internationalismus aussehen und durchgesetzt werden könnte, liegt es nah, die gegenwärtige Situation als die eines Interregnums zu beschreiben.^[6] Gramsci zufolge ist ein Interregnum ein Zustand, in dem eine alte Ordnung gestorben ist, eine neue aber noch nicht geboren werden kann – eine orientierungslose Übergangszeit ohne absehbares Ende und mit offenem Ausgang; solange sie anhält, ist, so Gramsci, mit »vielfältigsten krankhaften Erscheinungen« zu rechnen, mit unerwartet eintretenden, strukturell unterbestimmten krisenhaften Ereignissen, deren Folge ein weiterer Normalitäts- und Ordnungsverlust ist.

Politische Form, ökonomisches Interesse: Ein Wechselverhältnis

In theoretischer Absicht unternehme ich in diesem Buch den Versuch, die politisch-ökonomische Bedeutung unterschiedlicher Institutionalisierungen von Staatlichkeit in ihrem Verhältnis zu den institutionellen Bedingungen und Bedürfnissen des sich historisch weiterentwickelten kapitalistischen Akkumulationsprozesses genauer zu verstehen. Konkret werde ich auf die Architektur des gegenwärtigen Staatensystems einerseits und die institutionellen Ansprüche des neoliberalen, sich aus seiner staatlich-demokratischen Umklammerung herauswindenden Kapitalismus andererseits abstellen. Dabei wird der abstrakte Staat der ökonomischen Theorie, durchaus auch der klassischen politischen Ökonomie (»der Staat«), in unterschiedliche Staatsarchitekturen mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Ökonomie und die in sie investierten Interessen aufgelöst – Konsequenzen insbesondere, im Sinne Polanyis, für die Art und das Ausmaß

gesellschaftlich-demokratischer Kontrolle über den Prozess wirtschaftlicher Wertschöpfung und seine sozialen Folgen. Ebenfalls differenziert betrachtet wird der Kapitalismus, der in gängigen politikwissenschaftlichen Theorien entweder als den politischen Institutionen externes, mit anderen Interessen pluralistisch konkurrierendes, wie diese in das politische Spiel einfließendes Partialinteresse erscheint oder, alternativ, als mittels Wirtschaftspolitik technokratisch zu hegende und zu pflegende gesellschaftliche Natur – nicht aber als privilegierter Produzent systemischer Anpassungsforderungen an die politische Verfassung und das soziale Leben. Ziel ist, der Unterschiedlichkeit der historischen Konkretisierung des Kapitalismus sowohl in der Zeit, im Prozess kapitalistischer Entwicklung, als auch in Gestalt spezifischer nationaler Ausprägungen dessen, was ich als Kompromiss zwischen Kapitalismus und Gesellschaft bezeichne, systematisch Rechnung zu tragen – Ausprägungen, die ihren Niederschlag in divergenten, territorial gebundenen, idiosynkratischen Wirtschafts- und Lebensweisen finden, die nicht ohne weiteres in einen globalen Einheitskapitalismus überführbar sind.

Vorab zu betonen ist der historisch-institutionalistische Charakter meines Analyseprogramms. *Institutions matter*; sie haben eine eigene Logik, sind nicht leicht zu errichten oder abzuschaffen und haben Einfluss auf die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und die in ihnen bestehenden Handlungsperspektiven. Mit effizienztheoretischen Mitteln werden sie allerdings kaum verstanden. Die vorherrschende Richtung der Spielarten-des-Kapitalismus-Literatur erklärt die Unterschiede zwischen nationalen Kapitalismen als Resultat unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und strategischer Entscheidungen für wirtschaftliche Effizienz, Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit usw. Real existierender Kapitalismus existiert aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich, auch wenn Theorie und Praxis des Neoliberalismus sich alle Mühe geben, ihn strukturell zu »entbetten«.^[7] Real existierende Gesellschaften, in denen der real existierende Kapitalismus wohl oder übel Platz nehmen muss, können sich gegen einen

von diesem geforderten, ihre Effizienz steigernden Strukturwandel zur Wehr setzen, wenn sie ihre Lebensweise nicht rationalisieren lassen wollen. Wo ihnen demokratische Institutionen zur Verfügung stehen, um ihrem Widerwillen Ausdruck zu geben, kommt es zu dem, was Ökonomen »Reformblockaden« nennen, einschließlich der Weigerung, lokale Mitspracherechte zugunsten einer von ihnen bereinigten *global governance* abzugeben.

Staatlichkeit und Kapitalismus in ihren jeweiligen Ausprägungen werden in den Kapiteln dieses Buches in eine so fundamentale wie offene Wechselbeziehung gesetzt. Bestimmte Staatlichkeitsstrukturen »passen« zu bestimmten Wirtschaftsweisen – unterstützen sie, verteidigen sie gegen Alternativen, werden als Bedingung der Möglichkeit von Wachstum und Expansion gefordert –, aber ob sie Realität werden, wird in politischen Konflikten entschieden und nicht durch funktionalistische Gleichgewichtsmechanismen. Die Logik kapitalistischer Kapitalakkumulation, unterstützt von interessierten gesellschaftlichen Kräften, mag darauf drängen, bestehende Formen von Staatlichkeit so umzubauen, dass sie dem Kapitalismus die Fortsetzung seiner gewinnbringenden Entfaltung ermöglichen; ob solche Reformen aber zustande kommen, hängt nicht von kapitalistischen, sondern letztendlich von politisch-institutionellen Logiken ab. Gesellschaftliche Kräfte können unter Nutzung der ihnen jeweils verfügbaren Möglichkeiten politischer Mobilisierung für die Erhaltung von Institutionen und die von ihnen ermöglichten Lebensweisen kämpfen, auch wenn diese für den Fortgang der Kapitalakkumulation nicht unbedingt förderlich sind. Eine nicht effizienztheoretisch verstümmelte historisch-institutionalistische Theorie lässt viele Präferenzen und Ausgänge als möglich zu, ohne dass sie die eine oder andere als »irrational« und deshalb evolutionär überwindungsbedürftig definiert, nur weil sie in Bezug auf ein bestimmtes, dem kapitalistischen Alltagsverständnis noch so monopolistisch plausibles Interesse nicht »funktional« erscheint.

Theoretische Vorentscheidungen, seien sie normativ oder funktionalistisch, über eine »richtige« und deshalb anzustrebende oder

aus »normaler« Entwicklung sich zwangsläufig ergebende Konfiguration von politischer Form und wirtschaftlichem Interesse kann es deshalb nicht geben. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen der Struktur von Staatlichkeit, etwa ihrer Zentralisierung und Dezentralisierung, dem Modus kapitalistischer Entwicklung und der Praxis demokratischer Politik, das im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht. Ihr Gegenstand ist, wie der Titel des Buches deutlich macht, der Konflikt zwischen (wirtschaftlichem) Globalismus und (politischer) Demokratie, konkretisiert als Konflikt zwischen unterschiedlich »globalisierten«, also zentralisierten und vereinheitlichten, Ordnungen des Staatensystems, mit unterschiedlichen Konsequenzen für das Verhältnis von Wirtschaft beziehungsweise Kapitalismus und Gesellschaft beziehungsweise Demokratie. Auf globaler Ebene gibt es aus darzulegenden Gründen keine Demokratie, es sei denn eine ihrer egalitär-interventionistischen Kapazität beraubte elitäre Fassadendemokratie. Da der Umbau einer Demokratie zu einer Fassadendemokratie aber Widerstand in Gestalt einer Verteidigung lokaler, partikularistischer, sich einem globalen Effizienzwettbewerb widersetztender Ordnungen auslöst, kommt es im Übergang zum Globalismus am Ende bestenfalls zu institutioneller wie wirtschaftlicher Stagnation. Auch wenn Globalismus, *wenn* er »durchginge«, die Akkumulationskrise lösen würde, löst er sie, weil er *eben nicht* »durchgeht«, dann wieder doch nicht: Er scheitert am Widerstand der kleinen Leute und ihrem Festhalten an ihrem Teil der nicht subsumierbaren Vielfalt der nationalen Kompromisse zwischen Kapitalismus und Gesellschaft und der durch diese hervorgebrachten Lebensweisen – an ihrem Willen, Kontrolle zurückzugewinnen und die Möglichkeit redistributiv-protektionistischer Demokratie gegen ihre Verflüchtigung in einem Prozess zentralistischer Einebnung der sozioökonomischen Ordnungen zu verteidigen. Die gesellschaftliche Institutionenlogik kann nicht liefern, was die wirtschaftliche Kapitalakkumulationslogik verlangt – das ist, auf eine Kurzformel gebracht, das Thema dieses Buches.

Globalisierung im Sinne von Entgrenzung der Wirtschaft war und ist ein Versuch zur Revitalisierung eines in eine Stagnationskrise geratenen Kapitalismus, und zwar mit Hilfe einer neuen, auf der Ebene der Weltwirtschaft zentralisierten und vereinheitlichten, kapitalismuskonformen staatlichen Ordnung. Eine einheitliche Ordnung der wirtschaftlichen und politischen Welt als Resultat einer Konvergenz zwischen unterschiedlichen lokalen Ordnungen und den an sie angelehnten Lebensweisen ist aber wie gesagt nicht durchsetzbar – schon gar nicht, wenn sie darin bestehen soll, partikularistische Werte durch universalistische Marktpreise zu ersetzen; auch deshalb ist der Neoliberalismus steckengeblieben und ist die Sanierung des Kapitalismus durch Globalisierung an der Eigensinnigkeit zumal demokratisch verstaatlichter Gesellschaften gescheitert. Neoliberalismus auf globaler oder kontinentaler Ebene mag heute der einzige Weg sein, dem Kapitalismus neues Leben einzuhauchen; Demokratie aber kann es global oder kontinental zentralisiert nicht geben, noch lässt sie sich, wie sich gezeigt hat, lokal zugunsten globaler Integration abschaffen; ihre Verteidigung unten lässt die stabile neoliberale Ordnung oben nicht zu, die der Kapitalismus trotz seines vorgeblichen Anarchismus braucht. So geht die Krise weiter zum Brunnen, bis sie bricht. In den Kapiteln III und IV werde ich zeigen, wie das staatlich-kapitalistische Projekt einer staatsbefreiten politisch-ökonomischen Einheitswelt danebengegangen ist und warum es danebengehen musste. Anschließend, in Kapitel V, argumentiere ich, dass eine partikularistisch-demokratisch eingebettete Wirtschaft, wie sie in einem System verteilter (Klein- oder Kleiner-)Staatlichkeit möglich wäre, legitim funktionieren könnte, und zwar besser als eine integriert-entbettete Wirtschaft – eine Wirtschaft ohne Gesellschaft –, die es ohnehin nur in einem immanent krisenträchtigen Versuchsstadium geben kann.

Wie weiter? Ein Tauziehen

Das postneoliberale Interregnum lässt sich als unentschiedener Zwischenstand – als vorläufiges Patt – in einem Tauziehen zwischen den Eliten der neoliberalen Koalition beschreiben, die einen Durchbruch »nach oben« suchen, in Richtung auf eine weltpolitisch geeinte, einheitlich regierte Weltökonomie, und von ihnen aufgescheuchten, von den neuen »Populisten«^[8] – Separatisten, Nationalisten usw. – vertretenen Kräften, die sich von einem Ausbruch nach unten mehr Mitsprache über ihr Leben in Gegenwart und Zukunft erhoffen. Zwei Themen stehen dabei im Mittelpunkt: die *wirtschaftliche Funktionalität* und der *moralische Wert* der beiden alternativen, um Kompetenz und Kompetenzen wetteifernden Ebenen politischen Handelns und institutionalisierten Regierens, global die eine und nationalstaatlich die andere. Beide Themen sind eng mit Fragen der Möglichkeit und Wünschbarkeit von Demokratie als Organisationsprinzip moderner Gesellschaften und der Demokratisierbarkeit moderner Politik verknüpft und werden durch diese Verknüpfung emotional hoch aufgeladen. Die nach oben, in die Weltgesellschaft strebenden Globalisten halten demokratische Entscheidungsprozesse für grundsätzlich ungeeignet, adäquate Antworten auf die »Komplexität« weltweit vernetzter sozialer und wirtschaftlicher Systeme zu finden, und wollen sie deshalb entweder durch technokratische Behörden wie den Internationalen Währungsfonds – in Europa die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank – oder durch ein »freies Spiel der Marktkräfte« beziehungsweise ein abgestimmtes Nebeneinander beider ablösen. Die einen Ausweg nach unten suchenden »Populisten« dagegen setzen auf eine Dezentralisierung von Staats- und Regierungssystemen und einen Rückbau der Globalisierung, mit dem Ziel einer Wiederherstellung demokratischer Selbstregierung und Selbstbestimmung – eine Ambition, die von den Globalisten, wenn nicht von vornherein für unmoralisch, dann wegen der »von unten« angeblich undurchschaubaren weltweiten Interdependenzen und externen Effekte für unrealistisch erklärt wird.

Allerdings ist die Schlachtordnung zwischen Globalismus und Demokratie, Globalisierern und Nationalisten, Zentralisierern und

Dezentralisierern, Anhängern von Merkato-Technokratie einerseits und von Demokratie andererseits alles andere als einfach, und es erfordert einigen Aufwand, sie genauer aufzuschlüsseln. Zum Einstieg möchte ich auf zwei immer wieder Verwirrung verursachende Sachverhalte hinweisen. *Erstens* geht es bei der Auseinandersetzung zwischen neoliberalen Globalisten und protektionistischen Nationalisten, anders als von beiden Seiten gelegentlich behauptet, nicht wirklich um die Fortexistenz des Nationalstaats als solchem. Auch wenn dies in der Ideologie des Neoliberalismus gewollt anders erscheint, kann es dem Neoliberalismus als Praxis schon deshalb nicht um eine »Überwindung« des Nationalstaats zu tun sein, weil er ihn als lokalen Durchsetzer und Beschützer eines freien Weltmarkts benötigt; dieser kommt ja nicht von allein zustande, sondern nur durch eine – an die jeweiligen lokalen Bedingungen angepasste – nachdrücklich und nachhaltig betriebene Politik der »Liberalisierung«. Insofern dementiert der neoliberale Globalismus sich selber. Auch die Organisationen und Institutionen auf supranationaler Ebene einschließlich der Europäischen Union sind in der Realität neoliberaler Politik, anders als in ihrer Selbstbeschreibung, nicht wirklich dazu bestimmt, dass die Nationalstaaten sich in ihnen auflösen; tatsächlich dienen sie den nationalen Exekutiven unter anderem als Bezugsquellen für von ihnen gemeinsam kreierte Liberalisierungsverpflichtungen – »Reformen« –, die als selbstbestimmte nationale Politiken den Wahlbürgern nur schwer, wenn überhaupt, angedient werden könnten. So gesehen fungiert das supranationale »Oben« als Ablageplatz für nationale politische Verantwortung, die als solche nicht mehr ausgeübt werden kann oder soll. Worum es hier geht, ist der oft bemerkte paradoxe Umstand, dass eine politisch-ökonomische Theorie, in deren Mittelpunkt die Staatsfreiheit der Märkte steht, in der Realität nicht auf staatliche Zwangsmittel verzichten kann – dass also die »freie Wirtschaft« auf ebenjenen »starken Staat« angewiesen ist, den ihre ideologischen Verteidiger vorgeben abschaffen zu wollen (Gamble 1988).

[9]

Globalismus von links

Mindestens ebenso verwirrend ist, *zweitens*, dass die Globalisten bei der Bearbeitung der Legitimationsprobleme, die ihnen aus ihrem Antidemokratismus unvermeidlich erwachsen – also daraus, dass sie zugunsten des freien Weltmarkts die nationale Demokratie als egalitäre, marktkorrigierende, protektionistische Demokratie stilllegen müssen, ohne einen internationalen Ersatz anbieten zu können oder auch zu wollen –, auf die Hilfe globalisierungsfreundlicher, faktisch in das liberale Zentrum abgewanderter ehemaliger Fraktionen der Linken rechnen konnten und können. Möglich war und ist das, weil der Neoliberalismus mit seiner, wie immer auch ideologischen, Forderung nach Überwindung der Nationalstaaten an ein universalistisch erweitertes Gerechtigkeitsverständnis andocken kann, das sich vor allem bei einer neuen Mittelschicht im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Globalisierung und dem Verschwinden der organisierten Arbeiterklasse als historisches Subjekt herausgebildet und verfestigt hatte.^[10] Auf politischer Ebene hatte diese Entwicklung ihren Ursprung in der Ratlosigkeit der »Dritte-Weg«-Linken in den 1990er Jahren darüber, was sie nach ihrer globalistischen Wende ihren Wählern noch anbieten sollte – Schutz vor Marktkräften und internationalem Wettbewerb jedenfalls nicht mehr. Einen Ausweg schien die Propagierung liberal-libertärer, »postmaterialistischer« Wertorientierungen zu bieten, die als im historischen Trend liegend wahrgenommen (Inglehart 1977) und mit der als attraktiv empfundenen Vorstellung einer herannahenden Weltgesellschaft mit grenzenloser Mobilität verknüpft wurden. Auf diese Weise konnte »Globalisierung«, ursprünglich der Weg in einen freien Weltmarkt, als universalistische Erweiterung des partikularistisch-nationalistisch beschränkten und, angeblich, von der wirtschaftlichen Entwicklung überholten Solidaritätsmodells der alten Arbeiterklasse neu gedeutet werden. So wurde im Übergang vom Dritten Weg als Notmaßnahme zur Revitalisierung des Kapitalismus hin zum Kosmopolitismus und Kosmoliberalismus als Befreiung von moralischen

Partikularismen jeder Art ein Solidaritätsbegriff in das öffentliche Bewusstsein eingeschleust, mit dessen Hilfe sich die Weigerung der Arbeiterklasse in den alten Industrieländern, ihr Einkommen und ihre Beschäftigungsaussichten einem weltweiten Wettbewerb mit Niedriglohnländern auszusetzen, als Verrat an der sozialistischen Tradition globaler Solidarität darstellen ließ.

Eliten, die ihre Legitimität bedroht sehen, können unter Zuhilfenahme ihres politischen und kulturellen Kapitals sowie in Ausübung ihrer Kontrolle über die institutionalisierten Kanäle öffentlich vernehmbarer Rede den Konflikt mit ihren Gegnern als kulturell-moralischen Konflikt inszenieren. Neben der Wirtschaftstheorie als ideologepolitisches Instrument bedienen sich die Verfechter der neoliberalen Ordnung dabei auch traditionell linker Vorstellungen von Demokratie und Solidarität, indem sie diskursstrategisch Internationalismus mit Globalismus und Nationalstaat und nationale Politik mit Autoritarismus nach innen und Aggressivität nach außen assoziieren.^[11] So soll als hegemoniale Idee etabliert werden, dass Demokratie nur als globale Demokratie moralisch zu rechtfertigende Ergebnisse zeitigen kann. Dafür allerdings muss sie in mindestens zweierlei Hinsicht neu konzipiert werden: als universalistischer Wertekanon anstatt als Institutionensystem, das den Verlierern in der gezinkten Lotterie des kapitalistischen Marktes die Chance einräumt, deren Ergebnisse, wie begrenzt auch immer, zu ihren Gunsten umzuverteilen; sowie im Sinne eines klassischen Liberalismus als Respekt für individuelle Freiheit und individuelles Eigentum anstatt, wie in einem kommunitaristischen Republikanismus, als Ausgangspunkt legitimer politischer Eingriffe in dieselben zur Realisierung eines für alle gleichen Gemeinwohls. Damit wird Demokratie von einer *plebejischen Institution* in eine *moralische Haltung* umdefiniert^[12] – unter bemerkenswert enthusiastischer Beihilfe eines Teils der akademischen »Demokratietheorie« und in Einklang mit dem Lebensgefühl der sich kosmopolitisch verstehenden, neoliberalen und neoelitären Mittelschicht. Im Ergebnis wird so der territorial definierte und begrenzte Nationalstaat als Ort verpflichtender, nicht bloß freiwilliger Solidarität normativ

entwaffnet und gegenüber dem einer globalen Wirtschaft und Gesellschaft zugeschriebenen Universalismus delegitimiert – einem Universalismus, der in der Praxis freilich kein anderer sein kann als der eines globalen Marktes.^[13] Demokratie, neu gefasst als universalistisches Wertesystem, gibt es dann nur, wo es sie als Institution nicht geben kann; während sie dort, wo es sie als Institution gibt, als konstitutiv borniert erscheinen soll.

Kultur gegen Unkultur

Soziologisch entspricht dem Konflikt zwischen Demokratie als universalistisches Wertesystem und Demokratie als politisches Institutionensystem eine neue Art von, wenn man so will, Klassenspaltung auf der linken Seite der zum Weltmarkt hin geöffneten kapitalistischen Demokratien. Historisch ist sie ein Zerfallsprodukt der Nachkriegskoalition zwischen progressiver Mittelschicht und Industriearbeiterschaft oder, allgemein: den »kleinen Leuten« – einer Koalition, in der bürgerlich Gebildete sich damit zufriedengaben, Arbeiterparteien und Gewerkschaften dabei zu helfen, die Interessen der Arbeiterklasse auszuformulieren und sie dadurch strategie- und artikulationsfähig zu machen. Dieses Verhältnis war nie spannungsfrei und wurde, beginnend in den 1970er Jahren mit der schleichenden Übernahme der sozialdemokratischen Parteien durch die wachsende akademisch ausgebildete Dienstklasse, zunehmend prekär. Mit dem Ende des sozialdemokratischen Zeitalters nach 1989 und dem vorläufigen Siegeszug des Neoliberalismus löste es sich dann auf.

Die Absetzbewegung der neuen Mittelschicht von der alten, und neuen, Arbeitnehmerschaft und ihre ideologischen Folgen sind derzeit Gegenstand einer wachsenden Literatur; ich habe nicht den Ehrgeiz, dieser irgendetwas Originelles hinzuzufügen.^[14] Bei entsprechend flexibler Verwendung des Klassenbegriffs, etwa im Weber'schen Sinn, wo Klasse als Marktlage definiert wird, lässt sich die Abspaltung als Resultat

auseinanderlaufender Interessen gegenüber der Globalisierung verstehen: die Neue Klasse als eine von tatsächlichen oder vermeintlichen Globalisierungsgewinnern, die ein Interesse an offenen internationalen Märkten für ihr Humankapital haben sowie daran, nicht zu sehr für die parochialen Entschädigungsforderungen der Globalisierungsverlierer materiell oder kulturell in Anspruch genommen zu werden. Ihre Welt ist die Welt, nicht die Nation, zumindest in ihrem Selbstbild, und ihre Chancen sehen ihre Mitglieder in einer fortschreitenden Öffnung der nationalen Gesellschaften für sich selber sowie, via Migration von außen nach innen, für Lieferanten bezahlbarer einfacher Dienstleistungen. Wie zu erwarten, geht auch hier die Entdeckung kollektiver materieller Interessen mit der Herausbildung entsprechender kultureller Rechtfertigungen einher, einschließlich positiver Selbst- und negativer Fremdbilder. Im vorliegenden Fall geht es dabei unter anderem um die moralische Überhöhung universalistischer und eine entsprechende Abwertung partikularistischer sozialer Orientierungen: die Auswanderung aus dem *Verpflichtungszusammenhang* des Nationalstaats in einen moralisch überlegenen, dabei im Großen und Ganzen verpflichtungsfreien *Bekanntniszusammenhang*. Wiederum mit Weber könnte man von einem »ständischen« Milieu sprechen, das sich mit einem bestimmten Ehrbegriff ausstattet, der wahlverwandt zu seiner wirtschaftlichen Interessenlage passt.

Weiter verschärft wird der Konflikt zwischen der alten Arbeitnehmerschaft und ihren ehemaligen, nunmehr kosmopolitisch empfindenden Verbündeten durch eine spezifische Asymmetrie. Im System der wirtschaftlichen Arbeitsteilung und sozialen Klassenstruktur der postindustriellen sogenannten Wissensgesellschaft sind es typischerweise Exponenten der neuen Mittelschicht, die sich im Besitz, oder doch in Kontrolle, der kulturellen Produktions- und Kommunikationsmittel finden. Dies erlaubt ihnen, ihre besondere Sicht als allgemeine Sicht zu formulieren und zum Ausdruck zu bringen; eben das ist bekanntlich, was man als Ideologieproduktion bezeichnet. Damit tritt im Idealbild der globalistischen Politik an die Stelle der *Repräsentation der*

Unterklasse in der Demokratie als Institutionensystem die Erziehung der Unterklasse in der Wertedemokratie. Die damit einhergehende Richtungsumkehr der politischen Kommunikation wird dadurch weiter begünstigt, dass ein Großteil der Neuen Klasse in pädagogischen Berufen tätig ist, in denen man die Aufgabe zu haben glaubt, andere durch gutes Zureden oder schlechte Zensuren von irrtümlichen Ansichten abzubringen. Die sich ergebenden Kulturkämpfe, in denen mitunter ein neu standardisiertes Schreiben und Sprechen zur Voraussetzung moralischer Vollbürgerschaft wird, werden besonders emotional und leidenschaftlich geführt, weil die beiden feindlichen Lager früher Verbündete waren oder doch zu sein glaubten.

Demokratie als entproletarisiertes Wertesystem

Heutige Diskussionen über das wahre Wesen der Demokratie sind deshalb zu einem guten Teil Auseinandersetzungen zwischen zwei Schichten, Statusgruppen oder gar Klassen (wenigstens im Bereich der kulturellen Produktion), die unterschiedliche Aspekte dessen betonen und aus ihrer Interessenlage heraus benötigen, was früher einmal unter synkretistisch-bequemem Verzicht auf trennscharfe Unterscheidungen summarisch als Demokratie bezeichnet wurde, heute aber durch den Lauf der Dinge in zwei Untertypen aufgespalten erscheint (siehe zum Folgenden *Abb. 1*). Beide Versionen, ich nenne sie die soziale und die liberale, lassen sich in ihrer jeweiligen Nähe zu unterschiedlichen Interessenlagen sowohl systematisch als auch historisch deuten: systematisch als Idealtypen, die als extreme Enden eines Kontinuums von Mischformen aufgefasst werden können, und historisch als Ausgangs- und (tendenzielles) Endstadium eines politisch-ökonomischen Transformationsprozesses von der sozialen zur liberalen Demokratie und dabei vom demokratischen zum neoliberalen Kapitalismus. *Demokratie als soziales Institutionensystem im*